

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 47

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 M., in Württemberg 2,28 M. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 3

Samstag, den 4. Januar 1919

36. Jahrgang.

Die Lage im Osten.

Berlin, 3. Jan. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Anlässlich der unerhörten Vergewaltigung, der die deutschen Truppen im Osten unterworfen werden sollen, hat nunmehr auch die deutsche Oberste Heeresleitung den Verbandsvertretern in Spaas ausdrückliche u. a. erklären lassen: Artikel 3 und 4 des Waffenstillstandsabkommens forderten ursprünglich sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen im Osten. Auf die deutsche Anregung, die ebenso im deutschen Interesse wie in dem der Allgemeinheit erfolgte, wurde der Wortlaut geändert. Deutschland hat damit nicht die Verpflichtung übernommen, im Osten für Ordnung zu sorgen, sondern lediglich die Berechtigung, Ordnung zu fördern, die von Deutschland freiwillig übernommene Aufgabe, im Osten für Ordnung zu sorgen, wurde erfüllt, solange dies möglich war. Der Rückzug wurde erst angeordnet, als sich die deutschen Truppen zu schwach und leider auch zu unzuverlässig wiesen. Die Alliierten wurden hiervon unterrichtet, nachdem im Vertrag vereinbart war, daß die deutschen

Truppen möglichst lange im Osten verbleiben sollten, müßte erwartet werden, daß die Alliierten, wenn sie wirklich Wert darauf legten, die kleinen Völker im Osten zu schützen, die Deutschen nicht geradezu verhindern, ihre Aufgabe durchzuführen. Dies ist aber tatsächlich der Fall gewesen. Die Alliierten erklärten sich jetzt zwar solidarisch mit der polnischen Regierung. Sie haben aber z. B. nicht zu verhindern gesucht, daß die Polen die Eisenbahnen nach Deutschland abschnitten und damit die Lebensmöglichkeit der deutschen Truppen unterbanden. Aber wenn die Deutschen in der Ukraine kämpfen sollten, so müßten sie Waffen und Munitionsvorräte haben. Man dürfe sie ihnen nicht, wie dies z. B. in Odessa geschehen ist, zum großen Teil wegnehmen. Durch ihre eigene Handlungsweise haben die Alliierten somit das von ihnen gewünschte Verbleiben der deutschen Truppen in den besetzten Gebieten des Ostens selbst in hohem Maße erschwert.

Eindringlich wird ferner darauf hingewiesen, daß nach der von den Alliierten anscheinend beabsichtigten entwürdigenden Behandlung der deutschen Truppen die Gefahr des Bolschewismus für die östlichen Länder außerordentlich gesteigert werde, nicht zum wenigsten für Polen, wo bolschewistische Ideen weitverbreitet sind und keinen Widerstand wie in einem altbestehenden Staate finden. Schließlich muß betont werden, daß die Deutschen gezwungen werden würden, waffenlos das von feindlichen Agitatoren verhegte Land, das einer straffen Regierung zurzeit völlig entbehrt, zu durchziehen, und schuflos in Winterzeit dem Rauben und Morden ausgesetzt würden. Die bisherigen Erfahrungen hierin reden eine deutliche Sprache. Es kann nicht Ablicht der Alliierten sein, weitere Greuel hervorzurufen. Die deutsche Oberste Heeresleitung erwartet daher, daß in Anerkennung der vorgebrachten Gründe eine würdige Lösung für die Rückkehr der deutschen Truppen aus dem Osten gefunden wird.

Die Umwälzung im Reich.

Graf Brockdorff-Rantzau über seine Politik.

Berlin, 2. Jan. Der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Brockdorff-Rantzau, hat einen Mitarbeiter des WZV empfangen und diesem auf seine Frage über die Richtlinien, die er in der Politik zu verfolgen beabsichtige, nachstehende Erklärung abgegeben: Mein Bestreben wird sein: Wahrheit und Offenheit dem eigenen Volk wie dem Ausland gegenüber. Das deutsche Volk soll im Ausland seine innere Größe und Würde bewahren, Selbstniedrigung und Herabsetzung vermeiden. Den Frieden will ich schließen als einen Frieden des Rechts. Einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Verklammerung lehne ich ab. Masche unserer Gegner verdrängen die Revolution abende Versuch Deutschlands, sich den aus der Annahme des Wilsonschen Programms folgenden Verpflichtungen zu entziehen. Diese Behauptung ist ebenso unwahr wie der Glaube irrig ist, daß Deutschland der Revolution werde sich demütig den Forderungen der reinen Gewalt beugen. Solange ich an dieser Stelle stehe, wird dafür Sorge zu nehmen, daß die Interessen des Reiches nicht

Ein ernstes Wort an die Bauernschaft.

Durch die Revolution am 9. November haben sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ganz Deutschland von Grund aus geändert. Der alte Obrigkeitsstaat, Kaiser und König an der Spitze, ist nicht mehr. Für das gesamte Volk gilt es nunmehr, einen neuen Volksstaat zu errichten, in welchem jeder Teil der Bevölkerung mitzuarbeiten verpflichtet und berufen ist. Nicht die Herrschaft eines Standes soll künftig mehr bestehen, sondern aller Glieder in einträchtigem Zusammenarbeiten; auch die Landwirtschaft muß dabei mitwirken.

Die Rechte des Bauern auf freies Eigentum dürfen nicht angetastet werden. Der linke Flügel der Sozialdemokratie will ohne viel Federlesen alle Eigentumsrechte beseitigen und zwar so rasch wie möglich. Die gemäßigtere Sozialdemokratie lehnt dies für den Augenblick zwar ab, es ist aber unbestreitbar, daß das Hauptblatt der Sozialdemokratie der „Vorwärts“ in Berlin am 20. November 1918 in Nr. 320 wörtlich schrieb:

„Der Besitz wird von keiner Seite des Sozialismus Schutz und Schonung zu erwarten haben.“

Wir denken, das genügt! Von der außer? roten Sozialdemokratie verlangte deren Genosse Thalheimer in No. 20 der Roten Fahne in Berlin, die Revolutionierung des Landes, daß nicht bloß für Fabriken, sondern auch für Anechte und Mägde auf den Bauerngütern der Achtstundentag gewaltfam eingeführt werden müsse! Dies ist aber bei der Art der Arbeit auf den Bauernhöfen absolut unmöglich. Die Einführung des Achtstundentags bei den Bauern müßte deren baldigen Ruin vollständig herbeiführen. Die Rentabilität der Landwirtschaft wäre gänzlich vernichtet, der Wert von Grund und Boden, von Acker und Wiesen müßte um mehr als die Hälfte im Werte sinken. Statt, was uns so nützt, die heimische Produktion zu vergrößern, müßten Heu und Getreide auf den Feldern verkaufen, die Ernte teilweise ungenutzt liegen und das Vieh ohne Speise und Trank bleiben. Wer also will, daß sein Eigentum erhalten und seine Existenz nicht vernichtet wird, der muß mit Frau, Söhnen und Töchtern, sowie Diensthöfen am 12. Januar wählen und zwar ist jedes berechtigt, das über 20 Jahre alt ist. Die Deutsche demokratische Partei will Ruhe, Ordnung und Freiheit für jedermann, sie wird alle Versuche, den höchst gefährlichen Plan, den Achtstundentag auch bei der Landwirtschaft Knall und Fall durchzusetzen, mit äußerster Anstrengung bekämpfen. Die Württembergische Bürgerpartei kann nicht unser Vertrauen haben, weil sie während des Krieges durch Männer, die jetzt an ihrer Spitze stehen, uferlose Eroberungsziele verfolgte, wodurch wir in der heutigen Not und Trübsal uns befinden. Die welsigen Großgrundbesitzer in Preußen sind ihre Führer, die Weltmachtgelüste hegten und uns dadurch mit Amerika und England entzweiten. Sie waren es auch, welche aus Liebedienerei und um Stellungen, Ehren und Ordenstitel zu erschaffern, das unselbständige Regiment des Kaisers unterstüzten.

Noch nie war eine Wahl in Deutschland so wichtig, wie die diesmalige. Wer nicht wählt, ist schuld, wenn das Vaterland und damit das ganze deutsche Volk für immer rettungslos zu Grunde geht. Auch die Rechte der Kirche und Schule für ungehinderte reibungslose Ausübung und Erziehung wird von der deutschen demokratischen Partei garantiert, denn sonst würden nicht Männer, wie Stadtpfarrer Gieswein, Stadtpfarrer Lamparter und Regierungsdirektor Hieber in ihren Reihen mitkämpfen. — Der Verlauf der bisherigen großen Versammlungen in Stadt und Land, beweist unweibentlich, daß die Mehrheit der nichtsozialistischen Stimmen auf die Deutsche demokratische Partei entfallen wird. Die sogenannte Bürgerpartei wird daher nur eine kleine Anzahl von Sigen in der neuen Kammer erhalten und ihr Einfluß somit auf fast Null herabsinken. Die Rechte und Interessen der Bauern erhalten nur von einer Mehrheit wahrzunehmen werden und somit ist es daher ein Gebot der Pflicht für jeden Bayern, nicht die Bürgerpartei, sondern die Deutsche demokratische Partei zu unterstützen. Weibe daher keines von der Wahlurne fern und gebe nur den Stimmzettel ab mit der Aufschrift: Deutsche demokratische Partei.

van einigt, aber nicht um die Breite eines Haars über das hinausgeht, was es als richtig anerkannt hat. Ein Grundrecht der Völker ist das Recht der Selbstbestimmung. Unfreie Gegner haben es nicht nur anerkannt, sondern zum Kampf gemacht. Deutschland erkennt es gleichfalls an, fordert es aber auch für sich. Wenn der Grundsatz gelten soll: Der Balkan den Balkanvölkern, so wird es auch heißen müssen: Deutschland den Deutschen.

Ein Württemberger Reichskriegsminister.

Berlin, 3. Jan. Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ erzählt, ist zum Nachfolger des Kriegsministers Scheuch der württembergische Oberst Reinhardt ernannt worden, der im Kriege zuletzt Chef des Stabs eines Armeekorpskommandos war. Bei Beginn der Demobilisierung übernahm er das neue Demobilisierungsdepartement im preussischen Kriegsministerium.

Berlin, 3. Jan. Wie der „Germania“ mitgeteilt wird, besteht vorläufig keine Aussicht, daß Adolf Hoffmann von seinem Amt als preuss. Kultusminister zurücktritt. Er soll sich mit Händen und Füßen an seinen Ministerstuhl klammern.

Das Telegramm Hindenburgs.

Berlin, 3. Jan. Die „Freiheit“ veröffentlicht das angeblich vertrauliche Telegramm Hindenburgs an das Armeekorpskommando Oberost, das sich gegen die Politik des Reichskriegsministers Brockdorff-Rantzau

der Offiziere, Entzerrung der Rangabzeichen usw.) wendet. Das Telegramm hat der „Freiheit“ zufolge folgenden Wortlaut: Ich erkenne die von dem Inkretat der A- und S-Mitte gefasste Resolutionen betreffend Verordnung über das Heerwesen, insbesondere in der Stellung der Offiziere und Unteroffiziere, nicht an. Ich der Auffassung, daß eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung nicht von einer einseitigen Ständevertretung, sondern nur von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden kann. Das Heer steht nach wie vor zu der Regierung Ebert und erwartet von dieser Regierung, daß sie die von ihr gegebene Zusage über den Bestand des Heeres und die Richtlinien über die Befugnisse der Vertrauensmänner des Heeres weiter als maßgebend anerkennt und es dadurch dem Offiziers- und Unteroffizierskorps ermöglicht wird, ihrer Dienst zu tun. Ich bin in dieser Beziehung bei der Regierung vorsichtig geworden. Es bleibt deshalb bei den bisher gegebenen Befehlen.

Waffenattritt.

Berlin, 3. Jan. Die (unabhängigen) Mitglieder der preuss. Regierung Straßel, A. Hoffmann, Rosenfeld, Arco, Siegman, P. Hoffmann und Breitfeld sind zurückgetreten, weil ohne ihr Beistehen Oberst Reinhardt zum Kriegsminister ernannt worden sei.

Gegen die überlebenden Vöhrer.

Berlin, 3. Jan. Die preuss. Regierung will in

einen Erlaß den bedrohlichen Lohnsteigerungen entgegen die das ganze Wirtschaftsleben lähmen müssen.

Neue indirekte Steuern.

Berlin, 3. Jan. Wie verlautet, werden auch neue indirekte Reichsteuern eingebracht werden, da die bisher vorgeesehenen direkten Steuern den Reichsbedarf nicht decken.

Der bolschewistische Versuch.

Berlin, 3. Jan. Die Reichsregierung hat gegen das unerlaubte Eindringen Nabels und einiger anderer Führer der Bolschewisten, die sich noch in Berlin verborgen halten, bei der Sowjetregierung Einspruch erhoben. Nabel ist in Moskau wieder eingetroffen.

Die Anwesenheit Nabels in Berlin hat beim Verbant Fremden erregt. Nach einer Haager Meldung sollen die Verbantmächte entschlossen sein, falls Deutschland seine Beziehungen zum Bolschewismus nicht abbreche, die Blockade zu verlängern. Der Pariser „Domme libre“ erfährt, im besetzten Gebiet seien Sendboten Liebesbriefe festgenommen worden. Sie sollen nach Kriegsrecht abgeurteilt werden.)

Die Polen.

Posen, 3. Jan. Die Polen haben gestern die deutsche Stadt Nakel besetzt. In Oberschlesien sollen Waffen unter die polnischen Arbeiter verteilt worden sein.

Auch die Stadt Breschen ist den Polen in die Hände gefallen.

Berlin, 3. Jan. Zwischen der Regierung und der Obersten Verwaltungsleitung werden Beratungen über ein großes Angebot zum Schutz der Dignität gepflogen. Die jüngsten Jahrgänge werden voraussichtlich noch nicht entlassen bzw. noch einmal einberufen.

Aus den östlichen Landesteilen treifen viele jüdische Familien in Berlin und Vororten ein, weil sie Ausweisungen der Polen befürchten.

Berlin, 3. Jan. Auf einen Protest der deutsch-nationalen Volkspartei in Graudenz antwortete die deutsche Waffenstillstandskommission: „Kein Zoll deutschen Bodens soll polnischen Eroberungsgelüsten zum Opfer fallen.“

Danzig, 3. Jan. Gestern trafen im Hafen von Neufahrwasser die amerikanischen Kreuzer „Bat“ und „Flon“ ein.

Zum Aellnerausstand.

Berlin, 3. Jan. Infolge des Ausstands des Personals des Gastwirtsberufes, rund 15.000 Personen, haben die Inhaber der Kaffeehäuser und der großen Gastwirtschaften als Gegenmaßregel ihre Betriebe geschlossen. Nur fremde Gäste sollten aufgenommen werden. Der Ausstand steht unter dem Einfluß der Spartakusgruppe.

In einer Zusammenkunft der vom Ausstand betroffenen Betriebsinhaber wurde festgestellt, daß die Erfüllung der vom Verband der Gastwirtsgehilfen aufgestellten Forderungen den Zusammenbruch des gesamten Gewerbes und damit die dauernde Arbeitslosigkeit von mehr als 30.000 Angestellten herbeiführen würde. Die Verbände der Arbeitgeberseite erklären sich bereit, mit den Arbeit-

nehmerverbänden zu verhandeln und sind damit einverstanden, daß das Einigungsamt des Berliner Gewerbergerichts angerufen wird, falls eine Einigung auf dieser Wege nicht zustande kommt.

Berlin, 3. Jan. Nach einer Besprechung in Kreisen der Berliner Großindustrie haben 15 Unternehmen in der Zeit vom 10. Nov. bis 15. Dez. bei 60 Prozent Arbeitsminderheit ein Mehr von 1/2 Million Mark an Löhnen gezahlt. Eine Rentabilität der genannten Betriebe sei schon jetzt nicht mehr zu erzielen.

Der ober-schlesische Ausstand erloschen.

Wentzen, 3. Jan. Der Bergarbeiterstreik in den ober-schlesischen Kohlenrevieren kann im Ganzen als erloschen bezeichnet werden. Mit wenigen Ausnahmen ist die Belegschaft heute vollständig eingezogen.

(*) **Wathingen a. F., 3. Jan.** (Ein Opfer der Neujahrsnacht.) Beim Neujahrschießen ist die 20-jährige Clara Banzhaf aus Unvorsichtigkeit erschossen worden. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

(*) **Craißofheim, 3. Jan.** (Der milde Winter.) In diesen Tagen sind auf den Wiesen frisch blühende Gänseblümchen gefunden worden. An verschiedenen Sträußern in Feld und Garten sind neue Blütenansätze zu sehen.

(*) **Wergentheim, 3. Jan.** (Einzug der Infanterie.) Unter der Führung ihres Kommandeurs, Oberst von Alberti, ist das Infanterie-Regiment 122 am Dienstag nachmittag feierlich eingezogen. Am Donnerstag segten das 1. und 3. Bataillon den Weitermarsch nach Weiskronn fort. Das 2. Bataillon hat Bürgerquartiere bezogen.

(*) **Urad, 3. Jan.** (Besipwechsel.) Der Verlag des „Erntkalenders“, der sich fast seit einem Jahrhundert in den Händen der Familie Bähler befand, ist durch Kauf in den Besitz des Schriftleiters Dr. Otto Weise übergegangen.

(*) **Saulgau, 3. Jan.** (Der künftige Wohnsitz des Herzogs Albrecht.) Das Schloß in Altschauen, ein alter Deutsch-Ordenssitz und seit 1806 württembergisches Krongut, ist dem bisherigen Thronfolger Herzog Albrecht und seiner Familie, auch seiner Mutter, der Herzogin Philipp, und seinen Brüdern, den Herzögen Robert und Ulrich, zum Wohnsitz angeboten worden. Das Schloß wird gegenwärtig zu diesem Zweck ingerichtet.

(*) **Friedrichshafen, 3. Jan.** (Aufenthaltsort des Königs.) Herzog Wilhelm von Württemberg hat das Schloß Friedrichshafen als dauernden Aufenthaltsort gewählt. Die Uebersiedelung dürfte wahrscheinlich in diesem Frühjahr erfolgen. Das Schloß Bebenhausen wird als zweiter Aufenthaltsort besetzen bleiben.

Deutsche Demokratische Partei

Programme, Beitrittserklärungen
— schriftlich und mündlich —
Auskunft usw., bei der Geschäftsstelle
STUTTGART, Kl. Königsstraße 7, II. Stock.

Fernsprecher 3840 und 10 788.
Postfachkonto: STUTTGART Nr. 2501.

Besitz von
Heeresgut aus unlauteren Quellen
wird bestraft mit

Gefängnis

bis zu 5 Jahren und 100 000 M. Geldstrafe,
Darum:

Liefert ab!

Reichsverwertungsamt, Berlin W 8,
Friedrichstraße 66

Mailkäfer am 4. Januar. Kinder fingen heute Vorm. im Hofgarten einen Mailkäfer, den sie auf die Redaktion unserer Zeitung brachten. Gewiß eine große Seltenheit.

Fahrplanänderung. Von heute ab verkehren die Züge Wildbad an 12.56 und Wildbad ab 1.03 je mittags bis auf weiteres nicht mehr.

Postalisches. Infolge Ausfall der Nachmittagszüge wird der nachmittags Bestellung nicht mehr ausgeführt. Briefschaften und Zeitungen können abends von 6—7 Uhr auf dem Postamt abgeholt werden.

Kino. Herr Kometsch zur Linde veranstaltete am Sonntag eine Kinovorstellung mit interessantem Programm. Diese Abwechslung wird jedermann begrüßen und wird der Besuch daher bestens empfohlen.

Evang. Gottesdienst. Sonntag, nach Neujahr. Vorm. 9 1/2 Uhr Predigt Stadtpfarrer Kempf. nachm. 1 Uhr Christenlehre (Söhne) derselbe.

Erscheinungsfest 6. Januar
Vorm. 10 Uhr Predigt Stadtpfarrer Köster. abends 7 1/2 Uhr Bibelstunde Stadtpfarrer Kempf.

Kath. Gottesdienst. Sonntag den 5. Januar 1/2 10 Uhr Predigt und Amt

Montag Erscheinungsfest:
10 Uhr Predigt und Amt 1 1/2 Uhr Andacht an den Werktagen hl. Messe

Feicht. Samstag um 4 Uhr.
Kommunion Sonntag um 7 1/2 und 8 Uhr.
Montag um 6 1/2 Uhr, an den Werktagen bei der heil. Messe

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung.

Die Wahl ist auf Sonntag, den 19. Januar 1919, anberaumt und findet statt:

im Abstimmungsbezirk Nr. 37 des Oberamtsbezirks Neuenbürg, umfassend die Stadtgemeinde Wildbad, I. Stadtteil Rechts der Enz mit Parz. Kleinemhof, Windhof und Lautenhof im **Sitzungssaal des Rathauses.** Wahlvorsteher: Stadtschultheiß Wägner, Stellv. Stadtschreiber a. D. Maier.

im Abstimmungsbezirk Nr. 38. Stadtteil B links der Enz mit den Parz. Grünhütte, Hochwiese, Lehenfägmühle im **alten Schulhaus.** Wahlvorsteher: Gemeinderat Kappellmann, Stellv. Sekretär Eger.

im Abstimmungsbezirk Nr. 39, Sprollenhaus mit Parz. Christofshof, Rälbermühle, Kohlensäule, Ronnenmühl, Sprollenmühle, im **Schulhaus in Sprollenhaus.** Wahlvorsteher Stadtschreiber — Stellv. Brachhold, Stellv. Schultheiß a. D. Wägner.

Die Abstimmung dauert ununterbrochen von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr. Von 8 Uhr dürfen nur noch die Wahlvorsteher im Wahlraum erschienenen Wähler abstimmen.

Ein Wähler, der nicht in die Wählerliste des Abstimmungsbezirks aufgenommen ist, kann unter keinen Umständen zur Abstimmung zugelassen werden.

Die Wahl erfolgt durch unmittelbare und geheime Stimmabgabe, zu der ausschließlich die amtlichen Stimmzettel verwendet werden dürfen. Amtliche Stimmzettel von jeder Sorte liegen im Wahlraum auf. Sämtliche gültigen Wahlvorschlüge werden am Rathaus, alten Schulhaus und Schulhaus in Sprollenhaus angehängt.

Jeder Wähler nimmt im Wahlraum einen amtlich gestempelten Wahlumschlag in Empfang, begibt sich in den Wahlvorschlugsraum, tritt an den Wahlstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald der Protokollführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, den Wahlumschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter, der ihn sodann uneröffnet in die Wahlurne legt.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig in den Wahlumschlag zu stecken und diesen zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Die Wahlhandlung einschließlich der Stimmzählung findet öffentlich statt; jedoch dürfen im Wahlraum außer den Beratungen und Beschlussfassungen des Wahlausschusses, die der Leitung des Wahlgeschäfts dienen, weder Beratungen stattfinden, noch Ansprachen gehalten oder Beschlüsse gefasst werden.

Wildbad, den 28. Dezember 1918.

Gemeinderat
Vorst. Wägner.

Zentrums-Partei.

Am Erscheinungsfest 6. Januar nachmittags 8 Uhr

im Gasthof zur Linde in Wildbad

Partei-Versammlung

Tagesordnung: Die bevorstehenden Wahlen und unsere Pflicht. Außer dem Unterzeichneten wird

Frl. Hetter Hauptlehrerin aus Pforzheim reden.

Dazu sind alle Parteiangehörige und Freunde unserer Sache, insbesondere auch die Wahlberechtigten aus der Frauenwelt, herzlich eingeladen.

Ohne Restauration.

J. V. des Bezirksausschusses

Fischer Stadtpfarrer.

Zaden-Abgabe.

Die Bezugsscheine für Nähfäden werden am Dienstag den 7. Januar auf dem Lebensmittelamt abgegeben.

Jeder Bezugsberechtigte erhält:
1/2 Rolle Nähfäden,
2 1/2 gr. Näh- oder Stopfgarn oder
10 Mr. Leinwandgarn.

Die Abgabe erfolgt durch die Kaufleute Ph. Bösch, Geschw. Freund, Geschw. Horkheimer, Albert Lipp und Fr. Schulmeister.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Frauen-Arbeitschule.

Die Frauenarbeitschule, 2. Kurs, beginnt am 7. Jan. 1919. Der Unterricht umfasst die Fächer: Stricken, Häkeln, Nähen, Hand- und Maschinennähen, (Weißzeugnähen), Kleidernähen, Weiß- u. Buchsticken, sowie Schnittmusterzeichnen. Das Schulgeld ist gleich wie im 1. Kurs.

Anmeldungen, auch von auswärtigen Schülerinnen, wollen von 5. Januar 1919 an die staatlich geprüfte Lehrerin, Frau Lein Luise Schwäbe hier, Villa Augusta, gerichtet werden.

Wildbad, den 23. Dezember 1918.

Stadtschultheißenamt: Wägner.

Schweichert

Wart. Lotterie-Einnahme
Stuttgart, Marktstr. 6
Teleph. 1921

Klassen-Lotterie
(Staats-Lotterie)
Ziehungsbeginn: 7. u. 8. Jan.
Hauptgewinn u. Prämien Mark

500 000
300 000
200 000
150 000

Die Staatslotterie ist die größte u. gewinnreichste aller Lotterien. Fast jedes zweite Los gewinnt. (Achtel 1/100000 1 halbes 1/500000 Los)

5 10 20 40 Mark
Plan kostenlos.

Gefunden.

Ein **Schlüsselbund** wurde gefunden. Abzuholen gegen Einrückungsgebühr bei **Ehr. Schmid, Zimmerstr.**

Eine schöne
3 Zimmerwohnung

mit Zubehör ist zu vermieten. Zu erfragen im wilden Mann

Zusammenkunft betreffend.

Die freundliche Zusenderin der Neujahrskarte wird gebeten morgen Sonntag nachmittags 4 Uhr am kalten Brunnen sich einzufinden.

Kautschuk-Stempel

empfiehlt S. P. Hoff.



Sozialdemokratische Partei

Wildbad.

Morgen Sonntag, den 5. Januar nachmittags 2 Uhr

findet in

der Turnhalle

eine öffentliche Versammlung statt

Referent! Herr Christiansen aus Stuttgart.

Bürger und Bürgerinnen sind hierzu herzlich eingeladen.

Der Ausschuss.

Wildbad.

Deutsch-demokratische Partei

Am Montag den 6. Januar 1919 abends 7 Uhr

findet in der Turnhalle

eine Versammlung für Männer und Frauen statt

in welcher der weithin bekannte Redner

Herr Stadtpfarrer Lamparter aus Stuttgart

sprechen und zur Aufklärung beitragen wird.

Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Deutsch-demokratische Partei Wildbad.

Kinotheater z. alten L'nde

Sonntag, den 5. Januar

nachmittags 3 Uhr und abends von 6 Uhr ab

erstklassige Lichtspiele.

Wildbad.
Freiwillige Versteigerung.

Am Dienstag den 7. Januar 1919 nachm. halb 2 Uhr kommen im Pfandlokal in Wildbad folgende Gegenstände zur Versteigerung:
6 Oberbetten, 15 Kissen, 12 Stühle, 3 Bettstellen, mit Matze, 4 Matratzen, 1 Kinderbettstelle mit Matze und Matratze, 2 Chaiselongue, 2 Tische, 2 ältere Tische, 1 Komode, 1 Fischpfanne, 2 ältere Kästen, 2 Servierbretter mit Silber, versch. eis. Kochgeschirre, 1 starke Kopierpresse, 1 Fußsack mit Pelz gefüttert, 12 Bilder ohne Rahmen (Kriegs- und Friedenszeiten aus der Zeit König Friedrichs) und sonstige Haushaltsgegenstände.

Wildbad, den 4. Januar 1919,

Gerichtsvollzieher Böhle.

Neujahrswunschheftungen

haben weiter gelöst:

Herr Gustav Vott, Gastwirt und Frau, Herr Fabrikdirektor Bronold und Frau, Herr Forstmeister Finkh und Familie, Herr Dentist Fritsche und Frau, Herr Postinspektor Herrmann und Familie, Herr Oberpostsekretär Herzog und Familie, Herr Architekt Hugenlaub und Frau, Herr Ludwig Kappel-

mann Km. und Familie, Herr Stationskassier Kieferle und Familie, Hel. Sofie Kiegel Arbeitslehrerin a. D., Hel. Sofie Kiegel, Bankbeamtin, Herr Sekretär Schneider und Familie Herr Gustav Gutbub Verwaltungsbeamter.

Insgesamt gingen für die Neujahrswunschheftungen 170 Mark ein wofür dankend bescheinigen

Wildbad, den 2. Januar 1919.

Stadtschultheiß: Eo. Stadtpfarrer: Rath. Stadtpfarrer: Bänder. Rösler. Fischer.

Breitwieser's Unterbadischer Kunst-Most-Kusaß

mit Süßstoff

gibt ein alkoholfreies Hausgetränk mit ähnlichem Geschmack wie Apfelsaft zu haben bei:

Carl Willy Gott.

Wahlaufruf

der Deutschen demokratischen Partei in Wildbad.

Das alte Regierungssystem

in Deutschland ist zusammengebrochen

Drei Millionen Tote und Invaliden

die Einbuße des größten Teiles unseres gesamten Volkvermögens, der Verlust von Schiffahrt und Außenhandel

der völlige Mangel an Rohmaterialien, rapid zunehmende Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger und Elend kennzeichnen das Erümmersfeld, das uns eine gänzlich verfehlte Außen- und Innenpolitik

hinterlassen hat.

Der Sturm der Revolution hat das alte, moische System hinweggefegt, aber zugleich die Hoffnung all derer, die erwarteten, daß die neue revolutionäre Regierung das deutsche Volk einer freien, glücklichen Zukunft entgegen führe, gründlich getäuscht: Erschöpfung, Anordnung und allgemeine Unsicherheit, die Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens durch verbrecherische Streiks und sinnlos hohe Lohnforderungen, die ständige Bedrohung unserer persönlichen Freiheit, unseres Lebens und Eigentums durch die äußeren Feinde und durch die herrschsüchtige und habgierige kleine Gruppe der Spartakusleute,

neuer Vaterlandsverderber um Viebknecht, Cohn und Genossen die die Schmach auf sich genommen haben, um den Preis von 16 Millionen Rubel ihre Heimat an den russ. Bolschewismus zu verkaufen.

In dieser unbeschreiblichen Not können

nur große Parteien

am Wiederaufbau unseres Vaterlandes wirksam arbeiten.

Jede Zersplitterung ist ein Verbrechen.

In der deutschen demokratischen Partei müssen sich Alle zusammen schließen, denen der gesunde, kraftvolle Aufbau

eines einigen freien deutschen Volksstaates

am Herzen liegt und bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zur Württ. Landesversammlung das Schicksal Deutschlands und unseres geliebten Schwabenlandes weder der Reaction ausliefern, noch der Socialdemokratie allein überlassen wollen.

Die deutsch-demokratische Partei erstrebt

die unverzügliche Errichtung einer freien, deutschen Republik, in welcher alle öffentlichen Macht allein auf dem

Willen des souveränen deutschen Volkes

beruht, unter freier Entwicklung der Eigenart der einzelnen deutschen Stämme. Wir fordern die

völlige Gleichheit aller deutschen Staatsbürger

und Staatsbürgerinnen vor dem Gesetz und in der Verwaltung ohne Rücksichtnahme auf Stand, Gesellschaftsklasse oder Schemntnis.

Wir stehen ein für größte Vereinfachung der Staats- und Gemeindeverwaltung Errichtung des

Einkammersystems

im Staat und Gemeinde, die Sicherung des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts für beide Geschlechter nach dem System der Verhältniswahl unter Einführung des Volksbegehrens (Initiative) und der Berufung an das Volk (Referendum) das Volk bestimmt seine Geschicke durch Selbstregierung und Selbstverwaltung im Staat und Gemeinde.

Der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zwingt zur Entfaltung größter Leistungsfähigkeit in Landwirtschaft, Industrie und Handel, unter selbstverständlicher Erhaltung der Privatinitiative des Unternehmers, und der Selbständigkeit der Tätigkeit des Handwerkers, des Kaufmanns und Landwirts.

Der Wiederaufbau des gewerblichen Mittelstandes ist eine Staatsnotwendigkeit. Wir verlangen ein zeitgemäßes Handwerkerrecht, freies Wahlrecht für die Handwerkskammern ohne obrigkeitliche Bevormundung.

Wir treten ein für

nationalen und internationalen Arbeiterschutz

aus staatlichen, gesundheitlichen und bevölkerungspolitischen Gründen; Anerkennung der Gewerkschaften und Gewerksvereine bei voller Koalitionsfreiheit, Heranziehung der Arbeiter zur Mitwirkung in der Verwaltung und Rechtsprechung mit unbedingter Gleichberechtigung; Hebung des Arbeiterbildungswesens durch Staat und Gemeinde. Auch für die Privatangehörigen fordern wir völlige Koalitionsfreiheit und Freiheit ihrer politischen Betätigung.

Die demokratische Staatsform verwirklicht die volle Gleichberechtigung aller deutschen Volksgenossen, also auch der Frauen deshalb muß ihnen in Zukunft das active und passive Wahlrecht zu allen gesetzgebenden und öffentlich rechtlichen Körperschaften, zu den Organen der Selbstverwaltung und den Berufsvertretungen, ihre Zulassung als Schöffen und Geschworene, insbesondere in dem Verfahren gegen Jugendliche, gewährleistet werden.

Wir fordern die privatrechtliche und prozeßrechtliche

Gleichstellung der Frau mit dem Mann

und die Einführung der Errungenschafts-Gemeinschaft als alleingiltiges eheliches Güterrecht. Grundfähliche Gleichstellung der weiblichen Erwerbstätigen mit den männlichen, gleiche Berufsvorbildung und gleiche Entlohnung bei gleicher Leistung. Wir erstreben die

Hebung der Volksgesundheit

durch Schutz der Arbeiterinnen und der Jugendlichen auch in der Heimarbeit, Ausbau der Sozialversicherung, staatliche Wochenbeihilfe, Mutterschutz und Säuglingsschutz und Anstellung staatlicher Fürsorgerinnen.

Die deutsch-demokratische Partei fordert

den einheitlichen Aufbau des gesamten Schulwesens, Selbständigkeit der Schule, weitgehende Heranziehung des Elternhauses an der Schule und kräftigste Förderung des Volkswirtschaftswesens durch Staat und Gemeinde, Unentgeltlichkeit des gesamten Schulunterrichts mit dem Grundsatz, daß alle Schulen dem Tüchtigen und Begabten zu seiner Weiterbildung offen stehen.

Im Falle der

Trennung von Kirche und Staat

sehen wir auf dem vorbehaltlosen Standpunkt der

Wahrung der Würde

und der finanziellen Selbständigkeit der Kirche und der Beibehaltung der theologischen Fakultät im Rahmen der Hochschule. Wir fordern die

Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule

unter Berücksichtigung der Religion als unerfälichen Arquills sittlicher Kraft. Wir fordern

Aufhebung aller Geburts- und Standesvorrechte

aller Titel und Ehrenreihen, mit kleinerer Ausnahme der in der Front vor dem Feinde erworbenen Auszeichnungen.

Wir sind für

Aufhebung aller Krongüter u. Fideikomnisse

überhaupt für Abschaffung der, für die allgemeine Volksernährung unrentablen Großgrundbesitze, zum Zweck der Herstellung kleiner, auskömmlicher Bauerngüter, unter angemessener Entschädigung der bisherigen Besitzer. Bei der Zuteilung der Bauerngüter sind in erster Linie Kriegsinvaliden aus dem Bauernstande zu berücksichtigen.

In der Steuerpolitik muß der Grundsatz gelten:

Schonung der Schwachen, Belastung der starken Schultern

(progressive Besteuerung). Schärfste Erfassung der Kriegsgewinne, der Erbschaften und der großen Vermögen. Einmalige progressive Vermögensabgabe.

In Verfolg ihrer Sozialpolitik hält es die Deutsche demokratische Partei für ihre Pflicht: dafür einzutreten, daß die Gemeinden für die dauernde, auskömmliche Unterstüzung aller kranken und arbeitsunfähigen Gemeinde-Mitglieder zu sorgen haben.

Wir fordern eine angemessene Entschädigung der Kriegsinvaliden vor allem der Kriegswaisen und Kriegswitwen.

Wir treten ein für gleichen Grundgehalt für alle Kategorien von Staats- und Gemeindebeamten mit gleicher Vorbildung, angemessener Zulage für Verheiratete und Zulage für jedes Kind. Die Höhe der Beamtengehälter muß den jeweiligen Zeitumständen entsprechen.

Ein wichtiges ideales Ziel unserer Partei ist es, jeder Familie ein trauliches Heim schaffen zu helfen. Im Verfolg dieses Grundsatzes wird unsere Partei

jede gemeinnützige Tätigkeit unterstützen,

welche die Herstellung von Einfamilienhäusern für einfache beschridene Familien in zielbewusster Weise erstrebt und durchführt.

Witbürger und Witbürgerinnen! Die Gestaltung der Zukunft des neuen Deutschlands ist in eure Hände gesetzt. Die Sach jedes Einzelnen steht auf dem Spiel, darum bleibt keiner lässig zurück. Alle die wahre Vaterlandsliebe besetzt reicht uns die Hände zum Aufbau eines neuen, einigen, freien deutschen Vaterlandes.

Verzehrte Kraft macht stark; darum tretet ein in unsere Reihen und gebt eure Stimmen der Deutschen demokratischen Partei!

Beitrittserklärungen nehmen alle Ausschußmitglieder entgegen: Alle über 20 Jahr alten männlichen und weiblichen Einwohner können Mitglieder der Partei werden. Der halbjährige Beitrag für Alleinwohnende beträgt 1 Mark— für Familienvorstände einschließlich der ganzen zusammenwohnenden Familie 2 Mark.

Die Deutsche demokratische Partei in Wildbad.

Der provisorische Ausschuß: Dr. Vayer, Kurarzt, Christian Brachhold, Kaufmann, E. W. Vott, Kaufmann, August Bechtle, Hotelbesitzer, Ludwig Kappelmann, Kaufmann, Fritz Krauß, Schmidmeister, Wilhelm Kappelmann, Oberholzhauer, Christian Schmid, Zimmermann jun., Julius Schmid, Gypfer, Karl Kallsaß, Bergbahnschaffner, Fritz Bechtle, Baddiener, Christian Kullenhard, Maschinenschaffner, Christian Gall, Hausdiener in Wildbad, Karl Schanz, Sägmüller, Sprollenmühle, Anwalt Johann Rutterer, Karl Nau jun. und Wilhelm Günthner in Sprollenhaus, Anwalt Haag und Friedrich Haag in Rottenau.